WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Dr. Oliver Nachtwey

Die Abstiegs-gesellschaft:
Über das Aufbegehren in der
regressiven Moderne

Berlin, 27. März 2017

WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Dr. Oliver Nachtwey

Die Abstiegsgesellschaft:
Über das Aufbegehren in der
regressiven Moderne

Berlin, 27. März 2017

Vorwort

Kurt Beck

Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

Finanzmarktstabilität und Arbeitslosigkeit, Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, Globalisierung und Klimawandel sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit – Herausforderungen, für die der neoklassische Mainstream bislang kaum adäquate Antworten geliefert hat. Vor diesem Hintergrund hat die Hans- und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2013 beschlossen, die wirtschaftspolitische Debatte mit einem Preis für Wirtschaftspublizistik pluraler zu gestalten. Wissenschaftlicher Wettstreit soll dabei zur nachhaltigen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen.

Unter dem Motto „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ ehrt die Auszeichnung Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen mit frischen Analysen und Antworten auf die

wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit – Analysen und Antworten jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie. Ich freue mich daher sehr, dass wir den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik in diesem Jahr bereits zum dritten Mal verleihen können.

Erster Preisträger war im Jahr 2014 Mark Blyth, Professor für Internationale Politische Ökonomie an der US-amerikanischen Brown University. Er beleuchtete in seinem Buch *Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik* eindrucksvoll den Irrweg der europäischen Sparpolitik. Ihm folgte als Preisträgerin des Jahres 2015 Mariana Mazzucato, Professorin für Wirtschafts- und Innovationspolitik an der britischen Universität Sussex. In ihrem Buch *Das Kapital des Staa-*

tes: *Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum* zeigte sie die wichtige, oftmals übersehene Rolle des Staates bei der Schaffung von Innovationen und nachhaltigem Wachstum.

Als Preisträger des Jahres 2016 zeichnen wir nun mit Herrn Dr. Oliver Nachtwey erstmals einen Denker aus Deutschland aus. In seinem Buch *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne* beleuchtet Herr Dr. Nachtwey einen Wandel in unserer Gesellschaft: von einer Gesellschaft des Aufstiegs und der sozialen Integration hin zu einer Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und der Polarisierung.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch Frau Dr. Brigitte Preissl, Herrn Prof. Dr. Peter Bofinger und Herrn Thomas Fricke. Als Mitglieder der Jury des Hans-Matthöfer-Preises haben sie die herausfordernde Aufgabe bewältigt, unter zahlreichen exzellenten Einsendungen den diesjährigen Preisträger zu küren.

Die Shortlist der diesjährigen Preisverleihung verdeutlicht das hohe Niveau der konkurrierenden Beiträge. Neben Herrn Dr. Nachtwey befanden sich in der engeren Auswahl:

- Dr. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin mit seinem Buch *Unsere Steuern: Wer zahlt? Wieviel? Wofür?*, erschienen im Westend Verlag;
- Julian Bank vom Lehrstuhl für Sozialökonomie der Universität Duisburg-Essen mit seinem Blogbeitrag *Chancengerechtigkeit braucht Umverteilung*;
- Prof. Dr. Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin mit seinem Buch *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*, erschienen im Carl Hanser Verlag;
- die Publizistin und Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann mit ihrem Buch *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung: Die Krise der heutigen Ökonomie – oder was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können*, erschienen im Westend Verlag.

Trotz dieser hochkarätigen Mitkandidat_innen denke ich, dass die letztlich getroffene Wahl auch in diesem Jahr wieder eine sehr gute ist.

Herr Dr. Nachtwey verdeutlicht in bemerkenswerter Weise, dass drei Jahrzehnte neoliberaler Politik zum

Verlassen des sozialen Aufstiegsversprechens geführt haben – ein Versprechen, das lange Zeit als sozialer Kitt unserer Gesellschaft gewirkt hat. Und er zeigt, dass die soziale Spaltung unserer Gesellschaft trotz einer insgesamt stabilen Wirtschaftsentwicklung weiter zunimmt.

Herr Dr. Nachtwey veranschaulicht, dass wir Zeuge eines Prozesses werden, den man als „regressive Modernisierung“ bezeichnen kann: Wir erleben zwar gesellschaftlichen Fortschritt und unsere Wahlfreiheiten in puncto Lebensführung steigen. Diese entpuppen sich jedoch häufig als Marktfreiheiten, in denen Schutz-niveaus sinken. Beispielsweise ist die Arbeitsmarktteil-habe von Frauen gestiegen, diese müssen sich jedoch vor allem mit Billiglöhnen begnügen. Zwar können mehr Menschen als jemals studieren, doch ist Bildung keine Garantie mehr für ein Leben in sozialer Sicherheit.

Dieses gesellschaftliche Panorama erzeugt Ängste und soziale Abgrenzungsmechanismen. Rechtspopulistis-che Parteien wie die AfD in Deutschland oder der Front National in Frankreich profitieren hiervon.

Herr Dr. Nachtwey liefert in seinem Buch eine brillante Gegenwartsanalyse, mit der er sich in einem großen Feld herausragender Beiträge behauptet hat. Ich gratuliere ihm daher nochmals sehr herzlich zum Hans-Matthöfer-Preis.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der Reden, die während des Festaktes zur Preisverleihung am 27. März 2017 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gehalten wurden: die Festrede von Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD und der SPD-Landtags-fraktion in Hessen sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD im Bund; die Laudatio von Thomas Fricke, Chefökonom der European Climate Foundation und Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik; sowie die Dankesrede von Herrn Dr. Oliver Nachtwey, dem Preisträger.

Festrede

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, Vorsitzender der SPD Hessen, stellvertretender Vorsitzender der SPD im Bund

Aufstieg durch Bildung! Ein gesichertes Einkommen. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag. Prestige. Das alles erreichte man früher mit einem Diplom in der Tasche. Aufstieg durch Bildung war nicht nur ein Versprechen der Sozialdemokraten, allen voran von Willy Brandt. Es war ein erlebter Erfolg für viele Menschen in Deutschland.

Der Fahrstuhl nach oben wurde zur Lebenserfahrung einer ganzen Gesellschaft. Auch für SPD-Politiker. Sigmar Gabriel war der erste in der Familie, der studieren durfte. Seine Mutter war alleinerziehend, Sigmar ein Arbeiterkind, heute ist er Außenminister. Ralf Stegner Eltern waren Gastwirte, er ist Harvard-Absolvent. Andrea Nahles, Thomas Oppermann, und auch ich: Wir alle durften den Aufstieg durch Bildung erleben. Durften aus der Arbeiterklasse aufsteigen. Wir alle verdan-

ken den sozialdemokratischen Bildungskonzepten unseren heutigen Erfolg.

Aufstieg durch Bildung war für die Sozialdemokraten das Motto des Gestaltungswillens. Es war der Grundgedanke unserer Reformen. Es war die Zeit der sozialen Moderne, wie Oliver Nachtwey sie in seinem Buch „Die Abstiegsellschaft“ beschreibt. Eine Zeit des Aufstiegs, gepaart mit einem starken Sozialstaat und einem starken Arbeitsschutz. Eine große Mehrheit arbeitete in einem so genannten Normalarbeitsverhältnis. Die Eltern hatten Arbeit, in Vollzeit, unbefristet und mit guten Lohnzuwächsen jedes Jahr. Leiharbeit war verboten bis Anfang der 1970er Jahre und wurde danach streng reguliert. Befristungen hatten ebenfalls strenge Auflagen zu erfüllen.

Vielen von Ihnen mag dies als Normalzustand erscheinen. Wenn ich davon jedoch in einer Berufsschulklasse erzähle, wirkt dies für die jungen Leute wie ein Geschichtsunterricht aus einem fernen Land: Denn sie hangeln sich von Befristung zu Befristung, von Praktikum zu Praktikum. Das sind die heutigen Normalarbeitsverhältnisse für viele.

Daher ist das Werk von Oliver Nachtwey so relevant. Es bietet nicht nur einen umfassenden und tiefen Einblick in die Veränderungen unserer Gesellschaft. Es erzeugt darüber hinaus bei mir und hoffentlich auch bei vielen anderen in der Politik, der Wirtschaft und auch der Wissenschaft eine Einsicht, wie massiv das marktradikale Denkschema in den letzten Jahrzehnten eine einseitige, fast alternativlose Politik erschaffen hat. Ich freue mich daher sehr, dass das Buch mit dem Hans-Matthöfer-Preis ausgezeichnet wird.

Wagen wir daher einen kurzen Blick zurück auf die damalige Aufstiegsgesellschaft. Alle sozialen Klassen standen zusammen im Aufzug – vom Arbeiter über den öffentlichen Dienst bis zum Industriebesitzer. Die Lohntüten waren unterschiedlich, doch alle füllten sich mehr. Allen ging es besser, alle konnten aufsteigen, wenn sie Leistung zeigen wollten. Von einem Schlaraffenland für Arbeit konnte man indes auch damals nicht uneingeschränkt sprechen. Gerade die Frage nach Gleichstellung und Integration wurde damals unzureichend beantwortet. Die sogenannte horizontale Gerechtigkeit fiel zu stark unter den Tisch.

Doch im Laufe der Zeit verschob sich der Gerechtigkeitsansatz, auch bei der SPD. Während die vertikale Gerechtigkeit, also die Umverteilung von Vermögen und Einkommen, immer stärker aus dem Aufmerksamkeitsbereich der Parteien fiel, verschob sich der Fokus hin zur horizontalen Gerechtigkeit. Mehr Frauen erhielten die Möglichkeit zu arbeiten. Die Integration wurde ein entscheidender Baustein sozialdemokratischer Politik. Kulturelle Barrieren wurden abgebaut. Doch neue Barrieren kamen hinzu und nahmen uns die Möglichkeit für soziale Mobilität.

Damit wurde die Abstiegsgesellschaft geschaffen, wie Oliver Nachtwey sie in seinem Buch nennt. Ein starker Begriff, der Diskussionen auslöst. Doch unabhängig von der Bezeichnung sind die Beobachtungen leider klar: Wir leben in einer Gesellschaft, in der Bildung zwar überall zugänglich ist, Bildungsabschlüsse allerdings keinen beruflichen und sozialen Aufstieg mehr garantieren. Es ist eine Gesellschaft, in der der reale

Einfluss einkommensschwacher Menschen auf die Demokratie sinkt. Und in der Folge eine Gesellschaft, in der Sicherheit und Arbeitsrechte nicht mehr an oberster Stelle stehen.

Der Autor begründet dies vor allem damit, dass Markt und Wettbewerb die Lösungsansätze aller Politikbereiche wurden. Von der Arbeit über den Sozialstaat bis zur Daseinsvorsorge. Die Erschütterungen der Arbeitsverhältnisse sieht der Autor als Hauptursache für den Übergang in die Abstiegsgesellschaft. Die Prekarität ist gefestigt. Unternehmen drohen mit Abwanderung. Das Damoklesschwert der Leiharbeit und Befristungen schwingt über den Beschäftigten. Der Lohndruck steigt immens. Und damit die Unsicherheit.

Wir erleben heute eine Arbeitsgesellschaft, in der statt unbefristeter Arbeitsverträge prekäre Jobs und Projektaufträge an der Tagesordnung sind. Regulierte Erwerbsarbeit ist stattdessen für viele spießig, zäh, unflexibel. Stattdessen wurde die Arbeit entgrenzt, „der Markt buchstäblich in die Unternehmen hinein verschoben“, wie Nachtwey es beschreibt.

Der Sozialstaat wurde als Opfer des Marktradikalismus nicht nur einem Kürzungsprozess unterzogen und die Eigenverantwortlichkeit betont. Auch das Narrativ hat sich verändert. Oliver Nachtwey bezeichnet dies als Wandel von der kollektiven Absicherung aller hin zu einer Gabe von Starken und Aktiven an die Schwachen und Passiven. Aus einer solidarischen Selbstverständlichkeit wurde immer mehr ein notwendiges Übel.

Die öffentliche Daseinsvorsorge wurde liberalisiert, vom Schwimmbad über die Energieversorgung und Kommunikation bis zur Bahn haben wir eine Verschiebung staatlicher Kompetenzen zum Markt vollzogen. Der Autor betont in seinem Buch: „Durch die Privatisierungen brach der öffentliche Sektor als Leitplanke der sozialen Moderne weg.“

Auch aktuelle Debatten zeigen, dass aus vielen Erfahrungen nichts gelernt wurde. Privatisierungen der Autobahnen, der Schulen, alles wird weiterhin als wertvolles Konzept der Zukunft verkauft. Und damit die Zukunft unserer Kinder verkauft.

Auch die Politik konnte sich dieser Vermarktlichung nicht entziehen. Oliver Nachtwey beschreibt dies sehr kritisch als eine „Regierung im Dienste der Märkte“. Und mit dieser Regierung meinte er vorwiegend uns, die Sozialdemokraten, die mit der Agenda 2010 eine

bereits eingeleitete Liberalisierung der Gesellschaft perfektionierten.

An dieser Stelle möchte ich entschiedenen Widerspruch anmelden. Die Agenda war keinesfalls der Schlussstein im marktradikalen Projekt. Sie war auch weit mehr als eine Arbeitsmarktreform. Und selbst innerhalb der Arbeitsmarktreform gab es Teile wie den Mindestlohn, der von der Sozialdemokratie gefordert wurde, aber sowohl in Teilen der Gewerkschaften als auch bei der schwarz-gelben Bundesratsmehrheit auf erheblichen Widerstand traf. Die Fehler in der Arbeitsmarktreform werden nicht zuletzt durch die Vorschläge von Martin Schulz und Andrea Nahles zum Arbeitslosengeld Q korrigiert.

Doch zurück zum Autor und seinen Thesen. Die Agenda leitete nach seiner Überzeugung den endgültigen Abschied der sozialen Moderne hin zu einer regressiven Moderne ein, so seine Sicht der Dinge. Eine Moderne, in der ein Mehr an horizontaler Gerechtigkeit durch eine stärkere Beteiligung von Frauen ermöglicht wird, doch die ökonomische Ungleichheit stetig steigt. Diese Moderne baute bereits erreichte Schutzniveaus ab und ermöglichte nur einen Fortschritt, „der den Rückschritt in sich trägt“, meistens auf Kosten der unteren Klassen.

Aus dem Fahrstuhl nach oben wird eine Rolltreppe, die nicht eine gesamte Gesellschaft nach oben bringt, sondern nur wenige. Stattdessen kann sie für viele auch zum Abstieg führen. Der Master-Abschluss führt genauso wenig automatisch nach oben wie die Meisterausbildung. Fehlende Lohnzuwächse und sinkende Lohnquoten zeigen, dass seit den 1990er Jahren das Portemonnaie nicht voller geworden ist. Die Ökonomisierung des Sozialstaats machte ein Wiederaufstehen schwieriger. Eigenverantwortung und Leistung bekamen neue Deutungsmuster, in die sich Fördern und Fordern als Motto der 2000er Jahre einreihen.

Lieber Herr Nachtwey, besonders ein Satz sollte allen in der Politik mitgegeben werden, die nur auf Zahlen und Statistiken statt auch auf persönliche Schicksale und Biografien hören. Sie schrieben: „Diejenigen, die tatsächlich einen Abstieg erfahren, rechnen sich dies als persönliches Scheitern an. Und bei denen, die nicht absteigen, entstehen trotzdem Abstiegsorgen und Statuskämpfe um die Verteilung des Wohlstands.“

Damit haben Sie Recht! Wir haben mit unserer Politik dazu beigetragen, dass die Angst vorm Scheitern bei vielen größer wurde. Und haben dabei zu wenig Men-

schen die Möglichkeit gegeben, nach dem Scheitern wieder aufzustehen.

Diese Statusängste können außerdem zu Neid, zum Fingerzeig und weiteren Verteilungskämpfen führen, die zulasten noch schwächerer Gruppen wie Flüchtlingen oder Langzeitarbeitslosen gehen. Die Endsolidarisierung der Gemeinschaft vollzieht sich damit nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im demokratischen Gemeinwesen. Wir sehen dies mit dem Erstarren der rechten Kräfte. Mit der Flucht in uns allen unbekannte mediale Welten. Mit Politikverdrossenheit und erst recht Politikerverdrossenheit.

Von daher ist dieses Buch nicht nur wertvoll für Menschen, die sich für die Arbeitsgesellschaft interessieren. Es ist ein Buch des Zeitgeistes, das unser Verständnis für das Erstarren des Populismus und der rechten Bewegungen schärft. Doch vor allem stärkt es die Einsicht in unsere eigenen Fehler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Oliver Nachtwey, mit diesem Buch werden Sie hoffentlich noch viele Augen öffnen. Sie haben eine umfassende Analyse dargelegt, die uns allen zeigt, dass nicht nur unsere Arbeitsgesellschaft, sondern unsere Demokratie auf dem Spiel steht. Sie zeigen die Verwerfungen, die durch den neoliberalen Mainstream und politische Resultate entstanden sind – mit einer Deutlichkeit, die zu einem Umdenken aller führen muss. Daher möchte ich Ihnen im Namen der Sozialdemokratie von Herzen zum Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik gratulieren.

Die Frage, die sich anschließt, ist, inwieweit die Augen bereits in den letzten Jahren geöffnet wurden. Werfe ich einen Blick auf die Institutionen, die eigentlich lange als neoliberale Speerspitze galten, so ist eine Verschiebung im Diskurs bereits erkennbar. Vor allem das Thema der Ungleichheit wird von vielen Institutionen verstärkt angegangen – auch von Personen, die die Ungleichheit als Triebfeder von Wachstum selbst lange priesen.

So haben sich die G20 auf die Fahne geschrieben, die Ungleichheit zu bekämpfen. In Davos werden Strategien entwickelt, wie man für mehr Gerechtigkeit sorgen kann. Und auch die OECD hat ihre Sichtweise geändert. Sie alle sagen, dass Ungleichheit und die Schere zwischen Arm und Reich stärker bekämpft werden müssen. Doch sicher nicht, weil sie ihr „Sankt-Martin-Gen“ entdeckt haben. Sondern weil auf der einen Seite

die Zahlen zeigen, dass Ungleichheit dem Wachstum schadet. Und auf der anderen Seite die erstarrten Kräfte des Nationalismus um sich greifen. Ade Freihandel. Ade offene Gesellschaft. Und damit auch adé Wirtschaftswachstum. Spannend bleibt daher die Frage, inwieweit wirklich ein kollektives Abrücken vom neoliberalen Mainstream bei Wirtschaftsvertretern erkennbar wird.

In Deutschland setzt ein solcher Wandel langsam ein. Im politischen Berlin ist die soziale Marktwirtschaft das Leitmotiv des Handels. Wohlstand für alle. Leistung muss sich lohnen. Alles scheint wie ein Postulat aus früheren Zeiten, schaut man sich den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht an. Auch wenn ein hoher Beschäftigungsgrad, ein kontinuierliches Wachstum seit der Wirtschaftskrise und sprudelnde Einnahmen für die öffentlichen Haushalte ein sehr positives Bild zeichnen, müssen wir stärker hinter diese Zahlen blicken. Oliver Nachtwey hat bereits die sinkenden Lohnquoten seit Mitte der 1990er Jahre beschrieben. Die Löhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten sind heute geringer als vor 20 Jahren. Es gibt ganze Branchen wie die Logistik oder Dienstleistungen, in denen die Löhne stagnieren.

Vermögen wird in Deutschland vererbt. Zwei Drittel der Vermögenden haben ihr Vermögen ohne eigene Leistung erhalten, während Menschen, die sich anstrengen, selten Reichtümer erlangen. Hinzu kommen erschreckende Zahlen zur Alters- und Kinderarmut. Ja, unserem Land geht es gut. Doch angesichts solcher Zahlen wissen wir auch, dass gut nicht gut genug ist. Wir müssen den Wohlstand wirklich wieder auf breitere Füße stellen.

Die SPD hat ihre Konsequenzen gezogen. Schon 2009 hat Sigmar Gabriel bei seiner ersten Wahl zum Parteivorsitzenden gesagt, dass sich die SPD unter der Deutungshoheit des Neoliberalismus angepasst hat, statt eigene Antworten zu geben. Mit der schleichenden Auflösung der kollektiven Sicherungssysteme haben wir zu einer massiven Verunsicherung breiter Schichten der Arbeitnehmer_innen beigetragen. Der Start war nicht die Agenda 2010, doch es war sicherlich ein Höhepunkt unserer rot-grünen Regierungszeit.

Die Arbeitsmarktreform und die damit verbundene Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds haben zu einem Vertrauensverlust vieler in die Sozialdemokratie geführt. Wenn jemand, der viele Jahrzehnte lang hart gearbeitet hat, nach kurzer Zeit gleichgestellt wird mit jemandem, der nie gearbeitet und eingezahlt hat,

dann zerrt dies an einem tiefsitzenden Gerechtigkeitsempfinden.

Wir wissen heute schon viel über die negativen Effekte, die mit der Schaffung eines Niedriglohnsektors verbunden sind. Den Mindestlohn hätten wir damals parallel einführen müssen. Nun ist er Realität. Doch das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit können wir nur zurück gewinnen, wenn wir sagen: Wir haben verstanden! Indem wir unsere Arbeitsmarktpolitik modernisieren – und aus früheren Zeiten lernen, statt diese Zeit weiterhin als spießig und zäh abzutun. Indem wir Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären. Indem wir die sachgrundlose Befristung endlich abschaffen.

Unterm Strich geht es immer um den Wert der Arbeit! Denn sie ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Erwerbsarbeit ist mehr als Broterwerb. Arbeit ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Deswegen müssen wir einiges, was vor einigen Jahren aus dem Ruder gelaufen ist, wieder in geordnete Bahnen lenken.

Menschen müssen mit Respekt und Anstand behandelt werden, wenn sie ihren Job verlieren. Menschen, die viele Jahre, oft Jahrzehnte, hart arbeiten und ihre Beiträge zahlen, haben ein Recht auf entsprechenden Schutz und Unterstützung, wenn sie – oft unverschuldet – ins Straucheln geraten. Jeder muss die Möglichkeit bekommen, aus eigener Kraft den Gang zum Jobcenter zu verhindern. Dazu brauchen wir einen Ausbau der Qualifizierungsangebote für Arbeitssuchende. Wir müssen Qualifizierungsangebote schaffen und genau das verhindern. Diese Angebote werden wir schaffen und den Menschen damit Sicherheit und Perspektive geben. Was wir verstehen müssen ist, dass es hier um den Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in unserem Land geht.

Ich würde mich freuen, wenn in zehn Jahren das nächste Buch von Ihnen, Herr Nachtwey, auf den Markt kommt mit dem Titel *Die Aufstiegsgesellschaft 4.0*. Das ist unsere Aufgabe als Politik – das Aufstiegsversprechen wieder einzulösen. Indem wir die Digitalisierung als Chance begreifen und Menschen die Bildung und Qualifizierung bieten, damit Leistung belohnt wird. Und dabei niemanden zurücklassen. Kein Kind, egal aus welchem Elternhaus. Keine Frau, die wieder in den Job zurück möchte. Keine_n Arbeitslose_n, der/die vor Kurzem oder leider Langem seine/ihre Arbeit verloren hat.

Wir brauchen eine neue Agenda, eine Agenda der sozialen Gerechtigkeit. Eine Agenda, die die horizontale

und die vertikale Gerechtigkeit zusammen denkt. Denn eine gerechte Gesellschaft ist unser einziger Weg gegen den Rechtspopulismus. Wir dürfen uns als Sozialdemokratie daher nicht zu einer Verengung des Gerechtigkeits- und Gleichheitsbegriffs drängen lassen. Weder eine Fokussierung allein auf Umverteilung oder Identitätspolitik ist die Lösung für die Probleme, die Oliver Nachtwey dargelegt hat. Nur eine Politik, die mehr Gerechtigkeit auf allen Ebenen erzeugt, kann diese Aufstiegs-gesellschaft schaffen.

Uns wird auch heute noch grundsätzlich zugetraut, dass wir wider den Populismus wirken können. Dass wir Menschen abholen können. Dass wir in der Lage sind, die Gesellschaft wieder zu einen, so zu gestalten, dass sie sich nicht teilt in „die da oben“ und „die da unten“. Doch die Glaubwürdigkeit kommt erst jetzt langsam und Stück für Stück zurück. Nur, wenn wir den Menschen Sicherheit, Planbarkeit, Teilhabe ermöglichen und uns nicht mehr von reinen Marktinteressen leiten lassen, können wir wieder gewinnen. Oliver Nachtweys Buch wird hoffentlich noch vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch allen darüber hinaus die Augen öffnen.

Lieber Herr Nachtwey, ich gratuliere Ihnen noch einmal herzlich zum Hans-Matthöfer-Preis.

Laudatio

Thomas Fricke

Chefökonom der European Climate Foundation, Kolumnist auf SPIEGEL ONLINE, Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

Ein Buch zu schreiben, ist ja stets ein Projekt, das lange geplant ist – und bei dem viel Zeit vergeht, bis es dann endlich in den Regalen steht. Umso größer ist die Herausforderung – oder das Glück – mit einem Thema genau dann in den Regalen anzukommen, wenn es gerade die Menschen besonders bewegt. Dies ist Oliver Nachtwey auf beeindruckende Art gelungen. Ich will im Namen der anderen Jury-Mitglieder erklären, warum wir sein Buch über das *Aufbegehren in der regressiven Moderne* nach langen Diskussionen, die wir hatten, und angesichts starker Konkurrenz ausgewählt haben.

Spätestens seit dem Votum der Briten für einen Brexit ist spürbar, mit welcher Wucht der Unmut vieler Menschen gerade in den reicheren Ländern derzeit um sich

greift. Das haben die Amerikaner mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten gemerkt. Und das haben die Deutschen gemerkt, bei denen trotz relativ guter wirtschaftlicher Entwicklung eine Protestpartei wie die Alternative für Deutschland für Furore gesorgt hat. Bis vor ein paar Monaten schien sich eine Erklärung dieser Phänomene durchzusetzen, nach der an alledem vor allem die linksliberalen Eliten Schuld sind, die das Volk nicht mehr verstehen. Und nach der es vor allem der Unmut über die (kulturelle) Überforderung mit Flüchtlingen, Immigration und Überfremdung sind, die im Protest zum Ausdruck kommen. Diese Erklärung schien gerade für Deutschland nahezuliegen, wo die wirtschaftlichen Daten doch gar nicht so schlecht scheinen, es Rekordbeschäftigung und anhaltendes Wirtschaftswachstum gibt.

Thomas Fricke, Mitglied der Jury

Alles also nur kulturell bedingt? Hier setzt die höchst spannende Analyse ein, die Oliver Nachtwey in seinem großartigen Buch darlegt – und die zu erklären vermag, warum der Unmut trotz scheinbar guter Wirtschaftsdaten, hoher Beschäftigung, niedriger Inflation und ausgeglichener Staatshaushalte auch und vor allem wirtschaftlich und sozial begründbar ist. Was die positive konjunkturelle Entwicklung überlagert, ist ein tiefer struktureller Bruch, der schon vor vielen Jahren eingesetzt und dazu geführt hat, dass es bei uns zwar nach wie vor Menschen gibt, die mehr oder weniger stetig aufsteigen und zu den Gewinnern zählen. Anders als in den Nachkriegsjahrzehnten gilt das nur nicht mehr für alle – fahren nicht mehr alle in einem Fahrstuhl nach oben, sondern einige auch nach unten. Seitdem gibt es viele Menschen, die von einem befristetem Job zum nächsten wechseln; oder die keine Absicherung mehr haben. Seitdem geht es, was die soziale Absicherung angeht, eher wieder rückwärts. Seitdem droht auch einstmals verwöhnten Leuten aus der Mittelschicht der Abstieg. Das Versprechen, Aufstieg durch Bildung und Arbeit hinzubekommen, greift für viele nicht mehr. De facto sind die Chancen für einen beruflich-sozialen Aufstieg von unten massiv gesunken; Erwerbstätigkeit gewährt immer weniger Menschen Sicherheit, Status und Prestige. All das befeuert bei vielen Menschen Ängste. Weshalb Oliver Nachtwey von der regressiven Moderne spricht.

Es gibt heute eine ganze Reihe Indikatoren, die das bestätigen – und die zeigen, dass jenseits des schönen Scheins der Arbeitsmarktstatistik etwas nicht stimmt. Jüngste Schätzungen des DIW haben ergeben, dass die unteren 40 Prozent der Einkommensempfänger in Deutschland in den vergangenen gut 25 Jahren real an Einkommen verloren haben. Es gibt Statistiken, die zeigen, dass das Armutrisiko, das um 20 Prozent liegt, im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ist. Je nach Schätzung hat die Hälfte der Deutschen weniger als 17.000 Euro Vermögen. Damit kann man nicht wirklich eine Altersvorsorge betreiben oder gegen große Unwägbarkeiten vorbeugen. Etwa ein Drittel hat überhaupt kein Geld gespart. Währenddessen haben andere ihre Einkommen und Vermögen teils drastisch erhöhen können – ohne dass sich dies wirtschaftlich hinreichend legitimieren lässt.

Im Grunde ist und war der enorme Zuspruch, den Martin Schulz in den ersten Wochen nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten erfahren hat, ein weiterer Beleg für Oliver Nachtweys Diagnose. Martin Schulz hat ja gerade nicht die vermeintlichen kulturellen

Probleme angesprochen, die durchs Globalisieren entstanden sind, sondern die sozialen und ökonomischen Krisen. Und er schien damit unversehens einen Nerv zu treffen. Da schienen eher die Konservativen in Erklärungsnot, schienen gerade die Konservativen nicht mehr zu verstehen, warum es im Volk so viel Unmut gibt – wo doch die Lage angeblich so toll ist. Das kann man nur verstehen, wenn man einer Diagnose folgt, wie sie Oliver Nachtwey gemacht hat. Wobei damit noch nicht alle Fragen beantwortet sind, klar. Noch gilt es besser zu verstehen, welchen Anteil jene in der Gesellschaft ausmachen, die von der Regression betroffen sind – und wie stark die Unsicherheit womöglich auch jene trifft, die in scheinbar sicheren Beschäftigungsverhältnissen sind. Im Nebeneinander von Aufbegehren und Bestätigung für etablierte Politiker drückt sich womöglich auch jenes Nebeneinander der Schicksale aus, jenes Nebeneinander von Gewinnern und Verlierern. Wobei Oliver Nachtwey im Buch selber schreibt, dass es womöglich gar nicht die Mehrheit ist, die vom Abstieg objektiv bedroht ist. Es fühlt sich aber für viele so an. Die Aussicht, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf Hartz IV zu fallen, hat für viele als Schock gewirkt – gerade wenn sie über viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Das fühlt sich ungerecht an. Und das wird sich bei der nächsten konjunkturellen Krise noch viel stärker niederschlagen.

All das lässt sich mit den klassischen Instrumenten und Indikatoren der Ökonomie nicht so einfach identifizieren. Danach würde es ja schlicht heißen: wir haben doch Rekordbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Wo ist das Problem? Dass es ein Problem gibt, haben aber die vergangenen Monate gezeigt – und zeigt auch Oliver Nachtweys Analyse. Deshalb haben wir als Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik dieses Jahr auch ganz bewusst erstmals das Werk eines Wissenschaftlers hervorgehoben, der gar kein Wirtschaftswissenschaftler ist. Wir haben dies gemacht, auch um ein Signal zu geben, dass die Ökonomie eine Öffnung zu anderen Disziplinen braucht – gerade um solche Phänomene, die sich nicht rein ökonomisch deuten lassen, früher erkennen zu können.

Oliver Nachtwey hat zwar zunächst ganz klassisch Volkswirtschaftslehre in Hamburg studiert, sich dann jedoch umorientiert: von der oft sehr abstrakt modellbasierten VWL hin zur womöglich menschnäheren Soziologie, dem Fach, in dem er zur Semantik sozialer Gerechtigkeit promovierte. Er arbeitete als Soziologe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Universität Trier, der TU Darmstadt und am Frankfurter Institut für

Sozialforschung. Im August wird Oliver Nachtwey eine Professur für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel antreten. All das hat ganz offensichtlich geholfen, dem einen oder anderen Kollegen aus der Ökonomie heute erklären zu können, warum das Volk doch irgendwie nicht so glücklich ist, wie es nach den Modellen der VWL eigentlich sein sollte – zumindest jenen, die bereit sind, das zu hören. Dabei ist die Soziologie nur eines der Fächer, die für Ökonom_innen nützlich sind. Die Psychologie hilft, besser zu verstehen, warum der Mensch doch kein rationaler Homo oeconomicus ist. Aus der Geschichte lässt sich gerade in Krisenzeiten mehr lernen als aus Schönwettermodellen. Umgekehrt gilt es, das Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit auch wieder stärker mit dem Gedanken der ökonomischen Effizienz zu verbinden. Wenn es gelingt, wieder eine Aufstiegs-gesellschaft hinzubekommen, werden auch die sozialen Probleme an Schärfe verlieren. Alleine durch die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wird noch nicht mehr Wohlstand entstehen.

Es geht heute um nicht weniger als darum, ein neues Paradigma zu finden für die Globalisierung. Da geht es nicht um Korrekturen im Detail. Da geht es um ein Leitmotiv, so wie das nach dem Zweiten Weltkrieg ein paar Jahrzehnte funktioniert hat – in einem damals relativ stark regulierten Rahmen. Mit dem Anspruch, Wohlstand zu schaffen und gleichzeitig die Leute mitzunehmen, sodass der Aufzug wieder für möglichst alle hochfährt. Das ist die große Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren haben werden. Und dies zu erkennen, dazu hat Oliver Nachtwey einen enorm wichtigen Beitrag geleistet.

Vielen Dank für dieses wichtige Buch,
Herr Dr. Nachtwey!

Kurt Beck, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung, Oliver Nachtwey, Preisträger

14 Kurt Beck, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung, Oliver Nachtwey, Preisträger und seine Frau Carolin Amlinger, mit Kind

Dankesrede

Oliver Nachtwey

Vertretungsprofessor für Allgemeine Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt, assoziierter Wissenschaftler am Frankfurter Institut für Sozialforschung

Ich freue mich ganz außerordentlich, den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik entgegennehmen zu dürfen. Es ist nicht einfach, die kokette Anmutung zu vermeiden, Ihnen jetzt als Preisträger zu sagen, dass der Hans-Matthöfer-Preis enorm wichtig ist. Denn schließlich hat er sich der Förderung heterodoxer, kritischer Ökonomie verpflichtet – und letztere fristet immer noch eine Außenseiterrolle in der Wirtschaftswissenschaft.

Als ich im Jahr 1996 begann, Volkswirtschaftslehre zu studieren, war ich voller Erwartungen, bald die Welt der Wirtschaft besser zu verstehen. Ich war damals schon durchaus links eingestellt, aber eben so, wie man es in der Provinz auf einem Dorf sein konnte. Ich war gegen die Nazis, die sich zwei Straßen weiter trafen, hatte mit Punk-Freunden „Ton Steine Scherben“

gehört und rebellierte – natürlich – gegen meinen zwar liebenswerten, aber politisch konservativen Vater, der wollte, dass ich Volkswirtschaftslehre (VWL) studierte, damit aus dem Jungen doch noch etwas Anständiges wird.

Vor Beginn des Studiums hatte ich dieses und jenes gelesen, nicht viel, ein wenig über Karl Marx, ein wenig über John Maynard Keynes. Ich kam also an die Universität Hamburg mit dem großen Willen, mich schnell mit der VWL und den Theorien von Keynes und vor allem Marx vertraut zu machen, schienen sie mir doch sehr interessant zu sein. Denn im Jahr 1996 tobte bereits die Diskussion über die Dimension der Globalisierung; Marx schien mir daher durchaus lesenswert. Schließlich hatte er bereits 1848 viel zur Globalisierung zu sagen:

Oliver Nachtwey, Preisträger

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

Ein genaueres Studium von Marx Schriften, nebenbei bemerkt, hätte uns vielleicht auch für die nationalistische Welle sensibilisieren können, die nun aus der Globalisierung folgt:

„Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Nun aber zurück in das Jahr 1996. Im Studium wurde ich bitter enttäuscht. Gleich zu Beginn des ersten Semesters teilte uns der Dozent mit: Marx sei widerlegt und deshalb werde er auch nicht unterrichtet. Das Gleiche gelte im Grunde auch für Keynes. Und so kam es auch. Im Curriculum der VWL war Marx nicht vorgesehen, Keynes nur domestiziert: das heißt in Form mathematischer Modelle, die aber von Keynes' durchaus radikalen Grundgedanken allesamt abstrahiert hatten. Marx und Keynes, ja sogar Adam Smith konnte ich nur über Umwege – etwa durch Besuche philosophischer Seminare – oder als Außenseiter am Fachbereich kennenlernen.

Rückblickend hätte ich die Universität wechseln sollen, denn es gab zwar viel zu lernen, aber nur wenig trug aus meiner Sicht zum Verstehen der ökonomischen Welt bei. Aber wer verlässt schon gerne Hamburg? Und wie sich später herausstellen sollte, war es an den anderen Universitäten nicht viel anders.

Sicherlich, die mikroökonomischen Gleichgewichtstheoretischen Modelle sind elegant, in ihrer mathematischen Abstraktion sogar ästhetisch. Die Spieltheorie hat wunderbare Gedankenexperimente entwickelt, und die Makroökonomie hat viel Elan darauf verwendet, konsistente Begründungen zu finden, warum Interventionen in den Markt immer zu schlechteren Ergebnissen führen.

Aber um eins ging es in den Wirtschaftswissenschaften im Grunde nie: um die Wahrheit, um ein realistisches Bild menschlichen Verhaltens oder um soziale Gerechtigkeit. Es ist eine Welt, in der Effizienz und vor allem das Marktgleichgewicht das Maß aller Dinge waren – und bis heute sind.

Der kapitalistische Markt hat in der VWL im Grunde einen religiösen Charakter. Er wird als etwas Allumfassendes (vom Privatleben bis zur Politik) und sogar Allmächtiges dargestellt, denn die Sünder, die nicht den Marktgesetzen folgen, werden mit Wohlfahrtsverlusten bestraft. Die einzige Form der zulässigen Kritik in meinem damaligen Studium war, dass es zu einem Marktversagen, einer nicht wohlfahrtsoptimalen Güterallokation kommen könnte. Die Ursache war aber nicht der Markt, sondern, so die VWL, dass die Voraussetzungen für einen funktionierenden Markt nicht gegeben waren.

Die Wirtschaftswissenschaften glichen (und gleichen bis heute) in vielen Hinsichten eher der mittelalterlichen Scholastik, die in großer Gelehrsamkeit über die richtige Auslegung der Bibel stritten. Häretiker, die die Axiome der Gleichgewichtsökonomie grundsätzlich in Zweifel zogen, wurden mit einem Kirchenbann belegt.

Natürlich ist es nicht so, dass alle Ökonom_innen gleichermaßen dogmatisch waren. Wie beispielsweise die Anhänger von Keynes. Aber letztendlich war Keynes der Luther der Ökonom_innen, nicht der Thomas Müntzer. Luther hatte zwar dem Katholizismus die Vorherrschaft streitig gemacht, aber am Ende nur durch eine neue Kirche ersetzt.

So war es nicht anders bei Keynes, der schließlich ein Schüler von Alfred Marshall war, seines Zeichens einer der bedeutendsten Theoretiker der Neoklassik. Auch später, als neue Herausforderer wie Joseph Stiglitz an den Paradigmen der Wirtschaftswissenschaften kratzten, blieb das, was der ungarische Wissenschaftsphilosoph Imre Lakatos den „harten Kern“ genannt hat, blieb der harte Kern der Neoklassik bestehen: die Gleichgewichtstheorie und die anthropologische Annahme, der Mensch sei ein kalkulierendes, nutzenmaximierendes Wesen, ein Homo oeconomicus. Auch die neuere, durchaus interessante ökonomische Verhaltensforschung hat hieran bisher nur wenig geändert. In der Wirtschaftswissenschaft ist es im Grunde nie zu einer wissenschaftlichen Revolution gekommen – sie war immer, analog zu den Kirchen im Mittelalter, die Wissensproduzentin der Herrschaft und keine Produzentin von Wahrheit.

Auch heute verfügen Ökonom_innen über eine große soziale Autorität – nicht nur in ihrem Fach, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Wirtschaftswissenschaft ist an den meisten Universitäten eines der größten Fächer; tausende Ökonom_innen waren aber nicht in der Lage, die Finanzkrise von 2008 kommen zu sehen. Das taten nur wenige oder Außenseiter, die von den Hütern der reinen Lehre aber nie in die epistemische Gemeinschaft mit aufgenommen wurden. Das von Marx entwickelte Theorem des tendenziellen Falls der Profitraten wird an keiner deutschen Universität empirisch überprüft oder gemessen, da Marx als Häretiker keiner wissenschaftlichen Karriere förderlich wäre. Nur Hans-Werner Sinn, keineswegs für seine Nähe zu Marx bekannt, hat sich in jüngster Zeit öffentlich dahingehend geäußert, dass uns die Marx'sche Profitratentheorie zu einem besseren Verständnis von Krisen führen könnte. Nach jetzigem Stand werden aber nach der nächsten großen Finanzkrise die internationalen Top-Ökonom_innen – wie schon 2008 – wieder zur britischen Queen eingeladen, die sie erneut zu Recht fragen wird: Warum hat es niemand von Ihnen kommen sehen?

Der Preis ist wichtig, nicht weil ich ausgezeichnet wurde, was mich natürlich sehr ehrt, sondern weil die Ökonomie nach wie vor in der Scholastik gefangen ist

– und wir eine Ökonomie brauchen, die uns die Welt verstehen lässt. Und in dieser müsste auch Keynes ein größerer Platz eingeräumt werden, und auch Marx, ob es einem gefällt oder nicht, müsste wieder einen bekommen.

Zum Schluss ein paar Worte zu meinem Buch, für das ich heute geehrt wurde: Soziologische Zeitdiagnosen sollen helfen, eine gesellschaftliche Epoche zu verstehen. Aber das Geschäft der Soziologie ist langsam und deshalb entstehen die Zeitdiagnosen häufig erst, wenn die Epoche, über die man schreibt, schon fast ihr Ende gefunden hat. Ulrich Beck hatte 1986 in seinem Buch *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne* vom Fahrstuhleffekt gesprochen: Er nahm an, dass sowohl Reiche und Arme gemeinsam weiter nach oben fahren würden. Das war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung durchaus noch richtig, aber unter der Oberfläche hatte damals die Abstiegs-gesellschaft schon eingesetzt. Es wäre schön, wenn man mein Buch in ein paar Jahren ebenfalls als Dokument einer vergangenen Epoche sehen würde, weil es gelungen ist, die Gesellschaft wieder gerechter und solidarischer zu gestalten.

Vielen Dank!

Von links nach rechts: Thomas Fricke, Roland Schmidt, Brigitte Preissl, Oliver Nachtwey, Kurt Beck, Thorsten Schäfer-Gümbel

Programm der Preisverleihung - 27. März 2017

Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2016 an Dr. Oliver Nachtwey

Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne

- 16:00 Uhr Musikalische Einführung: *clair-obscur* Saxophonquartett
- 16:05 Uhr **Begrüßung**
Kurt Beck, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 16:15 Uhr **Festrede**
Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen,
Vorsitzender der SPD Hessen, stellvertretender Vorsitzender der SPD im Bund
- 16:45 Uhr **Laudatio**
Thomas Fricke, Chefökonom der European Climate Foundation, Kolumnist auf SPIEGEL ONLINE,
Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik
- Übergabe des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik
„Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2016 an Dr. Oliver Nachtwey
- 17:00 Uhr **Rede des Preisträgers**
Dr. Oliver Nachtwey, Vertretungsprofessor für Allgemeine Soziologie an der Technischen Universität
Darmstadt, assoziierter Wissenschaftler am Frankfurter Institut für Sozialforschung
- 17:15 Uhr Musikalischer Ausklang: *clair-obscur* Saxophonquartett
- 17:20 Uhr Ende